Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Es informiert Sie Sylvia Meyer

Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563-54 59
Fax (0202) 59 64 88
E-Mail sylvia.meyer@gruene-wuppertal.de

Datum 19.11.2012

Vorsitzender des Integrationsausschusses

Herrn Arif Izgi

Große Anfrage

Drucks. Nr. **VO/0882/12**
öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
27.11.2012	**Integrationsausschuss**

„Die Mitte im Umbruch - Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012"

Sehr geehrter Herr Izgi,

„Die Ergebnisse der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Mitte im Umbruch - Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012" sind erschreckend und zeigen, wie tief Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft verwurzelt sind. Die Studie zeigt, extrem rechtes Gedankengut und rechtspopulistische Positionen sind kein Problem einer radikalen Minderheit.

Die zentralen Ergebnisse, trotz einiger Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, sind, dass

- jeder Vierte in Deutschland mehr oder weniger ausländerfeindlich denkt.

- rechtsextreme Haltungen kein Randproblem, sondern breit verankert sind. Neun Prozent der Menschen in Deutschland vertreten ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. In Westdeutschland sind es 7,3 Prozent.

- ein noch weiter reichenderes Problem menschenfeindliche Haltungen in der rechtspopulistischen Grauzone darstellen.

- antidemokratische Positionen haben die Mitte der Gesellschaft längst erreicht haben. So gibt es mit 60,8 Prozent ein enormes Potenzial an islamkritischen Meinungen. Hierin liegt eine massive gesellschaftliche Spaltungsgefahr, denn zur Bevölkerung gehören mehrere Millionen Muslime.

- auch antisemitische Ressentiments vertreten werden. Der Aussage, die Juden würden die Erinnerung an den Holocaust heute für ihren eigenen Vorteil nutzen, stimmten 31,9 Prozent zu, was vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte sehr ernst genommen werden muss.

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse bitten wir die Verwaltung um die Beantwortung der folgenden Fragen zur o.a. Sitzung des Integrationsausschusses.

Die Antworten sollen auch dem JHA zur Kenntnis gegeben werden.

1) Ist die Verwaltung mit uns der Auffassung, dass wir eine gesellschaftliche Demokratieoffensive auf allen Ebenen brauchen?
   Einstellungen, die ein menschliches, tolerantes Miteinander und den demokratischen Zusammenhalt in unserem Land bedrohen, dürfen nicht hingenommen werden.

2) Eine Demokratieoffensive ist auch auf kommunaler Ebene möglich und nötig. Es ist wichtig, frühzeitig ansetzen, um Jugendliche für die Demokratie zu gewinnen. Gerade Kinder und Jugendliche müssen bereits in der Schule für die Demokratie gewonnen werden. Hält die Verwaltung das Präventive Handlungsprogramm gegen Rechtsextremismus“ (VO/0840/11) in diesem Zusammenhang für ausreichend?

3) Gute Bildung für alle, Aufklärung gegen menschenfeindliche Haltungen und demokratische Strukturen vor Ort, z.B. in der Jugendarbeit, sind vonnöten.
   Welche Maßnahmen werden bislang ergriffen, inwieweit sind sie erfolgreich, welche Maßnahmen sollten zusätzlich ergriffen werden?

4) Reicht das Engagement in Wuppertal aus, für junge Menschen Chancen an sozialer Teilhabe und echte Perspektiven zu bieten?
   Wenn nein: welche Initiativen wurden hierzu bislang ergriffen, was sollte darüber hinaus getan werden?

Mit freundlichen Grüßen

Marilyn Morgan
Mitglied im Integrationsausschuss

Klaus Lüdemann
Stadtverordneter